



Dr. Klaus Wittmann

NATO 2030 – Des Gipfels Kern Zum bevorstehenden Treffen der Staats- und Regierungschefs

Juni 2021

Das bevorstehende NATO-Gipfeltreffen in Brüssel Mitte Juni 2021 wird vor dem Hintergrund der vielfach beschworenen „Identitätskrise“ des Bündnisses und des Berichts „NATO 2030: United for a New Era“ stattfinden. Hauptergebnis dürfte der Auftrag sein, ein neues „Strategisches Konzept“ zu erarbeiten, welches das noch gültige, aber weitgehend überholte von 2010 ersetzen soll. In dem programmatischen Grundlegendokument wird es um Zweck, Charakter, Aufgaben und Fähigkeiten der NATO der 20er-Dekade gehen. Die NATO-Mitglieder sollten dabei die drei im derzeitigen Strategischen Konzept gültigen Kernaufgaben beibehalten: Kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung, Kooperative Sicherheit. Darüber hinaus sollten sie sich auf zwei zusätzliche Kernaufgaben verständigen: Konsultation und Resilienz.

Am Eröffnungstag der Münchener Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2020 erschien im Berliner „Tagesspiegel“ ein Gastbeitrag („Schluss mit der Sprachlosigkeit“, 14.2.2020), inspiriert durch Präsident Macrons bissige Kritik am Transatlantischen Bündnis (Economist 7.11.2019): Die NATO sei „hirntot“, vor allem angesichts fehlender Konsultation. Angesichts der inzwischen eingetretenen politischen und militärischen Veränderungen proklamierte der Artikel die Notwendigkeit einer umfassenden Revision des Strategischen Konzepts des Bündnisses von 2010. Zu dem Zeitpunkt, also vor weniger als eineinhalb Jahren, war das für viele in der Allianz noch Anathema – und es schallte: „Das würde ein sehr *entzweiernder Prozess*“, worauf man nur erwidern konnte: „Sind wir nicht in vielen Fragen so *entzweit*, dass es jetzt einer *einigenden Anstrengung* bedarf?“ Also im NATO-Jargon: *a uniting effort* statt *a dividing process*.

Aber auch im NATO-Hauptquartier hatte man Macrons Weckruf trotz der missglückten Metapher ernst genommen und erkannt, dass die Allianz vor einer erneuten Identitätskrise stand, wie sie schon zahlreiche erlebt hatte. Diese hatten immer Gründe – wie zum Beispiel die Suezkrise 1956, Frankreichs Austritt aus der militärischen Integration 1966, Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses ab 1982, Fall der Berliner Mauer 1989 mit dem nachfolgenden „Verlust“ des Gegners Sowjet-

union, Auseinandersetzung um den Irakkrieg 2003, Präsident Trumps Infragestellung der NATO als „obsolet“ – und immer wieder neue Bedrohungsmomente. Angesichts periodisch wiederkehrenden Abgesangs auf die NATO reichte es nie, die Zweifel zu ignorieren; immer waren Lagebeurteilung, Selbstvergewisserung und Anpassung an neue Umstände erforderlich. Und stets zeigte sich die Allianz imstande, radikal veränderten Lagen gerecht zu werden und ihre Relevanz als politisch-militärisches Bündnis und als einzige Allianz „mit Zähnen“ zu bewahren.

Strategiedebatte in der NATO nicht als entzweiernder Prozess, sondern als einigende Anstrengung!

Beim Londoner Treffen der NATO-Staats- und Regierungschefs im Dezember 2019 aus Anlass des 70-jährigen Bestehens der Allianz wurde durch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und auch die Bundesregierung ein „Reflexionsprozess“ angestoßen. Er sollte Empfehlungen erbringen, um Einigkeit, Solidarität und Zusammenhalt der Verbündeten sowie politische Konsultation und Koordination zu stärken. Gefestigt werden sollen auch die politische Rolle der NATO und geeignete Instrumente, um gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen zu begegnen.

„NATO 2030“: Vorarbeit für ein epochales Gipfeltreffen

Dies wurde der Auftrag einer „Reflexionsgruppe“ erfahrener Persönlichkeiten aus Politik und Diplomatie, deren Vorsitz sich der ehemalige Diplomat Wess Mitchell und der frühere Bundesminister Thomas de Maizière teilten. Sie steht in der Tradition der *Three Wise Men* (1956), des Harmel-Reports von 1968 und der Albright Group (2009/10). Nach intensiven (nur digitalen) Beratungen intern sowie mit Vertretern von Mitgliedsstaaten, Thinktanks und NATO-Instanzen wurde im November 2020 der Bericht „NATO 2030: United for a New Era“ vorgelegt und dann veröffentlicht. Seine zentrale Empfehlung ist die Revision des Strategischen Konzepts, für die sich auch Generalsekretär Stoltenberg Anfang Oktober 2020 erstmals öffentlich ausgesprochen hatte.

Beim Treffen des NATO-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 14. Juni 2021, dem ersten Gipfeltreffen mit US-Präsident Joe Biden, soll dafür der offizielle Auftrag erteilt werden. Andere Gipfelthemen sind entweder aktueller Natur (wie Abzug aus Afghanistan und die Zukunft des Landes, laufende Operationen, Verteidigungsplanung, Streitkräfteentwicklung), oder sie ergeben sich aus der gründlichen Analyse und den 138 Einzelempfehlungen des Reflexions-Berichts.

Der „Startschuss“ für ein neues Strategisches Konzept wird das Hauptergebnis des Gipfels sein.

Dieser präsentiert – nach Würdigung der NATO als Anker der Stabilität, erfolgreichstes Bündnis der Geschichte, transatlantische Klammer und anpassungsfähige Allianz sowie dem Eingeständnis periodischer Uneinigkeit und interner Spannung – als Zielvorstellung: „Die Vision der Reflexionsgruppe für die NATO im Jahr 2030 ist die eines vitalen, nützlichen, relevanten und beständigen Bündnisses.“ In gründlicher Analyse misst der Report das sicherheitspolitische Umfeld ab. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass sich die Hoffnung nach Ende des Kalten Krieges auf den fortschreitenden Sieg von Demokratie und freier Marktwirtschaft (Fukuyamas „Ende der Geschichte“) nicht erfüllt hat. Ganz im Gegenteil: Großmächtekonkurrenz ist zurückgekehrt, Autoritarismus ist erstarkt und demokratische Normen sind bedroht.

Der Bericht zeigt ein vielfältiges Spektrum von Bedrohungen und Gefährdungsmomenten auf und gibt Politikempfehlungen: Russland, China, „neue und disruptive Technologien“, Terrorismus, Gefährdungen aus Nordafrika und Nahost, Energiesicherheit, Sicherheitsimplikationen des Klimawandels, Menschliche Sicherheit, Pandemien und Naturkatastrophen, hybride und Cyber-Bedrohungen, Militarisierung des Weltraums, Propaganda und strategische Kommunikation. Zu den Schlussfolgerungen des Berichts gehört, dass politische Kohäsion und Einigkeit bewahrt werden müssen. Dabei werden divergierende Bedrohungspereptionen deutlich angesprochen und unterschiedliche Prioritäten je nach geopolitischer Lage der jeweiligen Alliierten realistisch anerkannt. Zudem betont der Bericht neben der Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und anderen Staaten auch die Kooperation mit weiteren sicherheitsrelevanten Institutionen. Hinzu kommen praxisorientierte Vorschläge für effizientere Entscheidungsprozesse bei Beibehaltung des Konsensprinzips.

Ein neues Strategisches Konzept

Für das Treffen der Verteidigungsminister im Februar 2021, das der Vorbereitung des Gipfels diente, zog der Generalsekretär in einem „Food for Thought Paper“ (PO 2021 0053) erste konkrete Schlussfolgerungen: Das Bündnis brauche mehr gemeinsam finanzierte NATO-Fähigkeiten sowie spezifische Ziele und Strukturen, um die Resilienz zu verbessern. Stoltenberg schlug zudem eine Verteidigungs-Innovations-Initiative vor und mahnte stärkeren politischen Willen (neben den vorhandenen Instrumenten und Strukturen) an, um effektivere Konsultationen zu ermöglichen. Gestärkt werden solle die Interaktion mit „gleichgesinnten“ (demokratischen) Partnernationen. Weitere Vorschläge sind ein neues Kommando für Training, Ertüchtigung und Kooperation und die Befassung mit sicherheitsrelevanten Folgen des Klimawandels.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der „Startschuss“ für die Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts das Hauptergebnis des Gipfels sein wird. In diesem werden die Leitgedanken für die vom Generalsekretär angekündigte „strategische Neuausrichtung“ zusammenfließen und die



langfristigen Schlussfolgerungen aus dem Reflexionsprozess gezogen werden.

„Strategische Konzepte“ hat die NATO nach dem Ende des Kalten Kriegs 1991, 1999 und 2010 verabschiedet und (im Gegensatz zu früheren Strategiedokumenten) veröffentlicht. Sie sind das Grundlegendokument der NATO, eine autoritative Konkretisierung des NATO-Vertrags. Von ihnen leiten sich alle strategischen Dokumente ab, und in ihnen werden unter anderem Lage- und Bedrohungseinschätzung, Zweck und Aufgabe der NATO, politische und strategische Prämissen sowie Hauptinstrumente ihrer Aktivitäten und Anforderungen an die Streitkräfte behandelt. Im Zentrum stehen die sogenannten „Kernaufgaben“. Zu empfehlen ist die Beibehaltung der drei im derzeitigen Strategischen Konzept gültigen: Kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung, Kooperative Sicherheit. Diese Kontinuität sollte fortgesetzt werden. Neben diesen drei müssten aber – als Hauptvorschlag dieses „Spot On“ – zwei neue, zusätzliche Kernaufgaben treten.

Zwei zusätzliche Kernaufgaben

Konsultation: Man kann die Auffassung vertreten, dies sei nur eine Methode, keine Funktion oder Aufgabe. Doch spricht viel dafür, ihr einen ganz herausgehobenen Rang zuzuweisen.

In der NATO gibt es seit jeher eine Debatten-„Kultur“, die viele heikle Themen ausspart. Über existentiell wichtige Fragen wie beispielsweise Irans Nuklearwaffenambitionen oder Chinas Aufstieg und Anspruch gab es im NATO-Rat bislang nie ernsthafte Konsultationen. Der Grund scheint eine zweifache Sorge zu sein: Uneinigkeit führe in der Öffentlichkeit sofort zur Vermutung, die NATO stehe vor dem Auseinanderbrechen. Zudem wecke die Befassung mit einer Region *out-of-area* den Verdacht, die NATO wolle dort militärisch eingreifen. Von solchen Hemmungen muss sich das Bündnis freimachen. „Konsultation“ als neue Kernaufgabe wäre die explizite Aufwertung und Aktivierung von Artikel 4 des NATO-Vertrags von Washington. Nicht umsonst betont die Londoner Erklärung vom Dezember 2019 die NATO als das essentielle Forum für Sicherheitskonsultationen und -entscheidungen. Und durch den „vorwärtsgewandten Reflexionsprozess“, mit dem der Generalsekretär beauftragt wurde, soll die „poli-

tische Dimension der NATO einschließlich der Konsultationen“ gestärkt werden.

Resilienz: Weniger strittig dürfte der Vorschlag für „Resilienz“ als zweite zusätzliche Kernaufgabe im neuen Strategischen Konzept sein. Sie ist erforderlich nicht zuletzt wegen der Vulnerabilität moderner Gesellschaften und angesichts „hybrider Kriegführung“. Diese ist kein ganz neues Phänomen, aber doch eine neuartige Herausforderung: Sie

„Konsultation“ und „Resilienz“ als zusätzliche Kernaufgaben im neuen Strategischen Konzept

verbindet offene und verdeckte militärische und nichtmilitärische Mittel und schafft eine Ambiguität, welche gemeinsame Antworten durch das Bündnis ernsthaft erschweren kann (und soll). Sie wird auch in Friedenszeiten angewandt. Im Ukraine-Konflikt demonstriert Russland die nahtlose Orchestrierung militärischer und nichtmilitärischer Instrumente: militärische Drohkulisse, Einsatz ungekennzeichneter paramilitärischer Einheiten, Cyberangriffe, Propaganda mit einer verwirrenden Vielzahl möglicher Erklärungen zum Beispiel für den Flugzeugabschuss über der Ostukraine, Unterstützung der dortigen „Separatisten“ mit militärischem Gerät und Soldaten bei andauernder Leugnung russischer Beteiligung.

Hybriden und Cyber-Bedrohungen kann wegen oft schwieriger „Zurechenbarkeit“ weder durch Abschreckung noch durch Vergeltung ohne weiteres begegnet werden. Das muss zunehmend durch Bewältigung der Folgen sowie durch die Stärkung der „Resilienz“ von Gesellschaften, militärischen Strukturen und kritischer Infrastruktur erfolgen. Mit diesem der Psychologie entlehnten Schlagwort sind Widerstandsfähigkeit und flexible Reaktionsfähigkeit gemeint. Diese Aufgabe der NATO und ihrer Mitgliedstaaten ist so entscheidend, dass sie ebenfalls zu einer Kernaufgabe des Bündnisses werden sollte.

Systemrivalität

Neben den durch die Kernaufgaben abgedeckten Aspekten muss das Strategische Konzept in programmatischer, für die Welt glaubwürdiger und für die Gesellschaften überzeugender Weise zu weiteren Schwerpunktthemen Aussagen treffen. So sollte der Fächer der Bedrohungen und Gefährdungen darge-

legt werden, um eine einvernehmliche Prioritätensetzung zu fördern. China und Russland als Konkurrenten in der neuen globalen Systemrivalität sind dabei von besonderer Bedeutung, aber viele der obengenannten Bedrohungen sind für einzelne Alliierte vergleichbar herausfordernd.

Russland gegenüber muss die Philosophie des Harmel-Reports konsequent durchgehalten werden: Festigkeit und Bereitschaft zum Dialog, wobei das häufig wiederholte Dialogangebot konkret ausdekliniert, aber den russischen Regelverletzungen konsequent begegnet werden muss. Exklusive Einflusszonen unter Einschluss demokratischer Nachbarstaaten sind nicht akzeptabel. Von Moskau wird nichts verlangt, als was es selbst unterschrieben hat. China wird seit dem Londoner Treffen erstmals offiziell als Herausforderung erkannt. Im Strategischen Konzept müssen nicht nur Aktivitäten, welche die Sicherheit Alliierten bedrohen, beim Namen genannt werden. Die NATO-Mitglieder sollten sich auf Fähigkeiten verständigen, um diesen effektiv zu begegnen. Das schließt intensivere Zusammenarbeit mit Chinas demokratischen Nachbarn ein, die selbst zunehmend erkennen, dass der „Respekt“, den China verlangt, Unterwerfung anderer bedeutet.

Besonders wichtig sind klare Aussagen zum Zusammenwirken und zur Lastenteilung zwischen Europa und Nordamerika, mit europäischer Verantwortung durch konkrete Beiträge und die Übernahme regionaler Aufgaben. Hier kommt Deutschland als der zentralen Macht des Kontinents eine wichtige Rolle zu. Bei den vielen nicht rein militärischen Gefährdungsmomenten ist darzustellen, worin der „Mehrwert“ der NATO und ihrer jahrzehntelang erprobten integrierten Zusam-

menarbeit unter Alliierten und mit Partnern besteht. Und das transatlantische Bündnis sollte führend um einen neuen Anlauf zu Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung bemüht sein. Für den Prozess der Erarbeitung des neuen Strategischen Konzepts bietet sich im Übrigen die unbürokratische Verfahrensweise an, in der das 2010 geschah. Ein nach innen wie nach außen überzeugender Beleg für transatlantische Einigkeit, Zielorientierung, Entschlossenheit zum Schutz aller Alliierten sowie zur Verteidigung demokratischer Werte und des Völkerrechts ist gefragt – Richtschnur für die zukünftige Ausrichtung der NATO. Hierzu muss vom Brüsseler Gipfel klare Weisung ausgehen.

Empfehlungen für Deutschland

- 1 Unterstützung der Folgerungen des Reflexionsberichts und des Generalsekretärs;
- 2 Aktive Mitgestaltung des Strategischen Konzepts entsprechend früheren deutschen Beiträgen zur Entwicklung der NATO;
- 3 Stärkung deutscher Verlässlichkeit als Bündnispartner durch Vollausstattung und „Readiness“ der Bundeswehr und Überwindung von Zweideutigkeiten hinsichtlich Verteidigungslasten, nuklearer Teilhabe, Bewaffnung;
- 4 Kreative Unterstützung zusätzlicher Kernaufgaben (Konsultation und Resilienz) zur Verbesserung von Funktionsfähigkeit und Relevanz der NATO;
- 5 Öffentliche Aufklärung über das Bündnis, deutschen Nutzen daraus und von Deutschland erwarteter Solidarität

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institution.



Über den Autor

Dr. Klaus Wittmann, 42 Jahre Bundeswehr (v.a. Truppe und Militärpolitik), Brigadegeneral a.D., Lehrbeauftragter für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, bis 2020 Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland.

Herausgeberschaft:
Aspen Institute Deutschland e.V.

Redaktion: Laura Senftleben, Dr. Stormy-Annika Mildner
Design & Layout:
Michaela Zintl

Über diese Reihe

Mit dem Kurzdossier *Spot On* bietet das Aspen Institute Deutschland ausgewählten AutorInnen eine Plattform, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.